

## Wenn Politik auf Wirklichkeit trifft

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Es hätte so schön sein können. Die Corona-Kurve zeigte in den vergangenen Wochen lange nach unten, der 20. März winkte als Zäsur, dass diese Pandemie irgendwann ein Ende hat. Doch leider ist das Gegenteil eingetreten, die Inzidenzen befinden sich auf Rekordniveau, die Impfkampagne lahm. Davon unbeeindruckt läuft das Infektionsschutzgesetz am 19. März aus. Die Ampelkoalition, allen voran die FDP, will mit dem Auslaufen ein Signal setzen. Ein Signal, dass das Land allmählich den Krisenmodus hinter sich lässt. Doch die Wirklichkeit hält sich meistens nicht an politische Wünsche. Und so fügt es sich nun, dass ein stets warnender Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die sich verschlimmernde Lage geißelt, gleichzeitig aber die Verantwortung in Länderhand abgibt. Dieser Spagat ist ein sehr großer, der sich für den SPD-Minister politisch noch rächen könnte.

Die Länder wiederum wurden kalt erwischt. Viele Regierungschefs zögern noch, was sie jetzt eigentlich tun sollen; das Chaos ist erneut groß. Der neue 20. März ist nun Anfang April – bis dahin gelten nämlich Übergangsfristen. Was danach kommt? Unklar. Das neue Infektionsschutzgesetz lässt bislang verbindliche Kriterien für die Hotspots vermissen. So wird es einen regionalen Flickenteppich mit sehr unterschiedlichen Regelungen geben.

Wer soll da genau durchblicken? Nur kurz sei hier an das Kommunikationsdesaster der Osterruhe erinnert, für das vergangene Jahr die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel öffentlich um Entschuldigung bitten musste. Und auch einige allgemein verbindliche Regeln kranken an der Umsetzung. Warum müssen die Menschen beispielsweise eine Maske tragen, wenn sie mit dem Bus zum Einkaufen fahren, im Supermarkt aber nicht mehr? Das passt nicht zusammen. Mediziner schütteln den Kopf.

## Reicher, weicher Westen

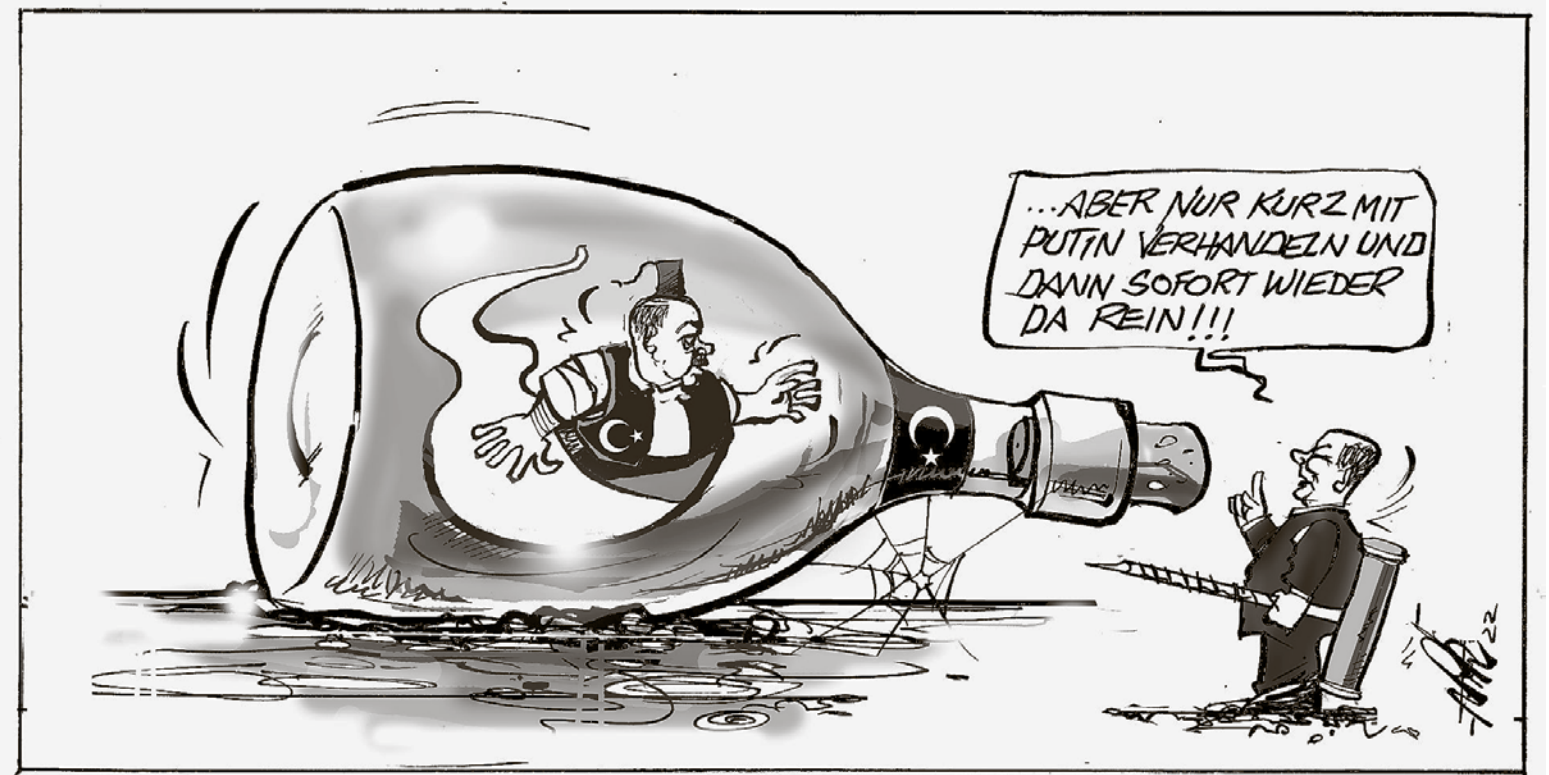
VON ULRICH KRÖKEL

Drei Regierungschefs aus dem Osten der EU reisen nach Kiew. Mitten im Krieg. Man braucht daraus keine Heldengeschichte machen, um die enorme Symbolkraft des Besuchs zu erkennen. Der Pole Mateusz Morawiecki, der Tscheche Petr Fiala und der Slowene Janez Jansa bestiegen persönlich den Zug, um sich an der Front mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu treffen. Dagegen begnügen sich Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mit Telefonaten, die sie aus ihren warmen Büros führen.

Im Osten des Kontinents trifft so etwas einen extrem empfindlichen Nerv. Zu Recht! Man erinnere sich: Die Deutschen wollten zuerst gar keine Waffen an die Ukraine liefern. Dann wehrten sie sich gegen eine komplette Swift-Blockade. Und von einem Energieboykott wollen sie schon gar nichts wissen. Das würde ja den Preis für Gas und Benzin erhöhen. So etwas geht im reichen und weichen Westen natürlich nicht.

Unterdessen fordert das Parlament in Estland die Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine. Angst vor einem Weltkrieg? Haben sie in Tallinn auch. Aber die Regierungschefin Kaja Kallas sagt: „Ein Diktator versteht nur Stärke.“ Gemeint ist damit der russische Präsident Wladimir Putin. Jener Mann, der den Angriffskrieg in der Ukraine vermutlich nie begonnen hätte, wenn Deutsche und Franzosen ihn nicht seit zwei Jahrzehnten immer wieder eingeladen hätten, den nächsten Schritt zu tun.

Erinnert sich noch jemand an den Georgienkrieg 2008? Damals reiste der polnische Präsident während der Kämpfe nach Tiflis und prophezeite: „Heute Georgien, morgen die Ukraine – und am Ende kommt auch mein Land an die Reihe.“ Man müsse Putin Einhalt gebieten. Deutsche und Franzosen wiegelten ab. Nun reisen wieder die Osteuropäer an die Front. Zeitenwende? Ist im weichen Westen noch nicht wirklich zu erkennen.



DER GEIST VON ANKARA

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**ANALYSE** Russland hält seine Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft. Dass Atombomben in der Schlacht eingesetzt werden, scheint militärisch unsinnig, ist aber nicht ausgeschlossen. Und dann ist da noch das Arsenal der Langstreckenwaffen.

## Putins nukleare Option

VON HELMUT MICHELIS

Seit Wladimir Putins Ankündigung, die russischen Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, ist auch im Westen der Atomkrieg wieder ein Thema der öffentlichen Debatte. Was aber bedeutet das? Welche Drohung steht im Raum? Und über welche Waffen verfügt Russland? Ein Überblick.

Zunächst der Grundsatz: Unterschieden wird in taktische und strategische Atomwaffen; dazwischen gibt es eine Grauzone. Taktische Waffen bedrohen Streitkräfte auf dem Gefechtsfeld, sind deshalb kleiner und haben eine geringere Reichweite – wie die auf Lastwagen bewegliche russische Iskander-Rakete, die nach Angaben aus Moskau 480 Kilometer weit fliegt, nach westlichen Berechnungen etwas über 500 Kilometer. Die Differenz scheint marginal, ist sie aber nicht: Diese Systeme, in Kaliningrad (Königsberg) und in Belarus stationiert, würden Hauptstädte wie Berlin, Warschau oder Prag erreichen. Die Iskander wäre damit definitionsgemäß keine Kurz-, sondern eine Mittelstreckenrakete und würde von der taktischen zum strategischen Waffe.

Solche Systeme haben eine Reichweite bis zu 15.000 Kilometer, erreichen von Russland aus Washington oder von den USA aus Moskau und sind „politische Massenvernichtungsmittel“, die gegenseitig vor einem Einsatz abschrecken sollen: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter, war die unheimliche, aber wirkungsvolle Logik des Kalten Krieges.

Die 2006 in Dienst gestellte Iskander, die ihr Ziel angeblich in einem Zehn-Meter-Radius sicher trifft, kann herkömmliche wie nukleare Sprengköpfe tragen. Offenbar ist sie in der ersten Version mit Streumunition im Ukraine-Krieg bereits eingesetzt worden. Es gibt verschiedene Iskander-Versionen mit

ballistischen Raketen, die bogenförmig fliegen, und Marschflugkörpern, die knapp über dem Boden hinweg unterwegs sind und durch Radar nicht aufzuspüren sind. Der nukleare Gefechtskopf soll eine Sprengkraft von bis zu 100 Kilotonnen TNT haben. Zum Vergleich: Die Atombombe, die die USA 1945 über Hiroshima abwarfen, hatte eine Sprengkraft von etwa 13 Kilotonnen.

Russland könnte eine taktische Atomwaffe in der Ukraine als letztmögliche Option für den Sieg einsetzen und damit zum Beispiel eine Großstadt auslöschen – ähnlich wie die USA mit Angriffen auf Hiroshima und Nagasaki 1945 Japan zur Kapitulation gezwungen haben. Nuklearwaffen sind auf größtmögliche Vernichtung ausgelegt: Je nach Sprengkraft zerstören sie durch eine enorme Druck- und Sogwelle im Umkreis von bis zu zehn Kilometern alles; bis zu 50 Kilometer weit sind die Zerstörungen noch groß. Im Zielgebiet wäre durch eine gigantische Detonationswolke über Stunden hinweg alles finster; bei einer Bodendetonation wäre das gesamte Gebiet durch radioaktiven Staub für Generationen unbewohnbar. Ein elektromagnetischer Impuls bei der Explosion, grob einem Blitzschlag vergleichbar, würde in großem Umkreis alle Drähte wie in Zündspulen schmelzen lassen. Autos und Züge würden nicht mehr fahren, alle Kommunikation wäre lahmgelegt.

Im Krieg gegen die Ukraine würde der Einsatz einer solchen Waffe also wenig Sinn ergeben, könnte der radioaktive Fallout je nach Windrichtung doch sogar am Ende Russland selbst gefährden. Zudem stehen ausreichend konventionelle Waffen zur Verfügung, die annähernde Vernichtungskraft haben. Allerdings betrachten russische Kommandeure atomare Kurzstreckenraketen als taktische Waffe, die wie herkömmliche Artillerie einsetzbar ist. In Papieren, die die DDR-Streitkräfte nicht

### INFO

#### Waffen mit zehnfacher Schallgeschwindigkeit

**Planung** Russland arbeitet an hochmodernen Atomwaffen wie der Hyperschallrakete oder sogenannten Kavitationstörpedos.

**Raketen** Nach Angaben der Fachzeitschrift „Flugrevue“ hat die Moskauer Führung zuletzt mehrere Kampfflugzeuge vom Typ Mig-31K in die Exklave Kaliningrad, das ehemalige Königsberg, verlegt; die Maschinen sind Träger der Hyperschallwaffe Kinschal (Dolch). Die sieben Meter lange Rakete kann von dort die meisten westeuropäischen Hauptstädte erreichen und ist mit zehn- bis zwölfwachen Schallgeschwindigkeit auch nicht abzufangen.

**Torpedos** Russland hat auch mit der nuklearen Zerstörung westlicher Hafenstädte durch neuartige Kavitationstörpedos gedroht: Ein solcher Torpedo löst das Problem des großen Reibungswiderstandes durch das Wasser mit einer Blase aus Dampf, die ab einer Geschwindigkeit von 180 km/h entsteht. Angetrieben nicht mehr mit einem Propeller, sondern durch ein Raketentriebwerk, wird ein solcher „Unterwasser-Laufkörper“ rund 400 km/h schnell und ist ebenfalls nicht mehr zu stoppen.



Iskander-Raketensysteme bei einer Parade 2020 in Moskau. FOTO: DPA

mehr rechtzeitig vernichten konnten, ist die Rede davon, dass im Fall eines Überraschungsangriffs fast 500 nukleare Gefechtsköpfe auf westdeutschem Boden hätten explodieren sollen. Diese Pläne wurden erst ab 1986 unter Michail Gorbatschow geändert, wobei die unbehagliche Frage offenbleibt, auf welche Ziele im Westen die verbliebenen strategischen Atomraketen programmiert sind. Dem schwedischen Friedensforschungsinstitut Sipri zufolge besitzt Russland noch 6255 Nuklearwaffen, nach anderen Quellen 5977, und ist damit noch vor den USA und China die größte Atommacht der Welt.

Es gibt vom U-Boot bis zum Langstreckenbomber ganz unterschiedliche Trägerwaffen; im Kalten Krieg war gerüchteweise sogar von Rucksack-Atombomben die Rede, die ein Einzelner unbemerkt ins Zielgebiet tragen könne. Russland hat seit etwa 15 Jahren wieder Milliarden in sein Militär investiert. Atombomber patrouillieren seitdem regelmäßig über der Ostsee, dem Ärmelkanal und im Atlantik – mit scharfen Waffen, wie Moskau selbst bestätigt. Ein strategischer Bomber wie die Tupolew Tu-160, das größte Kampfflugzeug der Welt, kann 24 Atomwaffen mitführen, mindestens die Hälfte der 36 Maschinen soll einsatzbereit sein – ausreichend für eine unvorstellbare Apokalypse.

Unklar ist, wie die Freigabe von Nuklearwaffen in Moskau aussehen könnte. Präsident Wladimir Putin, Verteidigungsminister Sergej Schoigu und Generalstabschef Waleri Gerassimow sollen einen entsprechenden Atomkoffer mitführen. Nur gemeinsam könnten sie den Startbefehl geben. Allerdings heißt es, dafür seien neuerdings nur noch zwei Koffer nötig. Und ebenso fraglich ist, ob diese Sicherheitshürde auch für die Gefechtsfeldwaffen gilt. Es ist beunruhigend, dass Nato-Kreise diese irrationale Form der Einschüchterung nicht mehr gänzlich ausschließen, zumal Putin inzwischen auch „stationäre Atomwaffen“ in seiner Gewalt hat: die ukrainischen Kernkraftwerke.

### WISSENSDRANG

Inzwischen fürchten sich amerikanische Akademiker vor einer ganz neuen Form des sozialen Terrors: einer Anklage wegen Mikroaggression. Mikroaggressionen sind vorurteilsbelastete Verhaltensweisen und Äußerungen, die Betroffene als subtile Demütigungen erleben. Dazu können auch gut gemeinte Äußerungen wie Lob gehören. Opfer sind Personen, die pauschal als sozial diskriminiert gelten: Schwarze, Frauen, Schwule.

Ein typisch altmodisches Beispiel: Einer Frau wird bei einer Stellenbewerbung gesagt, sie würde doch ohnehin heiraten. Im Handbuch der Mikroaggressionen sagt das ein Mann. Entsprechend der Ideologie der Identitätspolitik: Menschen werden schematisch Täter- oder Opfergruppen

## Demütigung und Denunziation

US-Unis kämpfen gegen sogenannte Mikroaggression – zu einem sehr hohen Preis.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

zugeteilt. Nur Weiße können Rassisten sein, nur Männer Sexisten. Mich überzeugt das nicht. In meinem Fall war es meine Mutter, die mir eindringlich von einer wissenschaftlichen Karriere abgeraten hat. Ihre Begründung: Frauen fehlen dafür die Fähigkeiten, besonders die intellektuellen. In der sozialen Wirklichkeit werden Vorurteile von allen weitergegeben, nicht nur von den „Mächtigen“.

Viele amerikanische und englische Universitäten fordern heutzutage ihre Studierenden auf, sich anonym über Mikroaggressionen von Lehrenden zu beschweren. Das signalisiert: Die Universität setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein. Der Preis für die Werbemaßnahme: Das Vertrauen zwischen Lehrenden und Studierenden

den geht verloren. Die Angeklagten erwartet kein faires Verfahren nach rechtsstaatlichen Prinzipien. Der Ankläger bleibt anonym. Nicht die Absicht einer Demütigung, sondern die Empfindung des Opfers entscheidet. Zwischen einer wirklichen Mikroaggression und einer irrtümlich vermuteten Mikroaggression kann man daher nicht unterscheiden.

So führt der Versuch, den Menschen jede menschenfeindliche Regung auszutreiben, zum institutionellen Terror. Ob wir es diesmal schaffen, eine amerikanische Mode nicht nachzuahmen?

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.